

BRASILIEN

Ölhändler Mercuria macht Wald zu Geld

Public Eye

Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder und Spender*innen möglich.

Sie sind bereits Mitglied?

Herzlichen Dank!

Doppelten Dank, falls Sie eine Mitgliedschaft verschenken.
publiceye.ch/geschenkabo

Sie sind noch nicht Mitglied?

Mit 75 Franken pro Jahr sind Sie dabei und erhalten regelmässig unser Magazin.
publiceye.ch/mitglieder

Oder wollen Sie uns zuerst kennenlernen?

Dann bestellen Sie gratis drei Ausgaben als Schnupperabo.
publiceye.ch/schnuppern

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören.



Mercuria gibt sich grün und stellt lokale Gemeinschaften vor vollendete Tatsachen

Der Genfer Rohstoffhändler Mercuria scheffelt im Erdölgeschäft jedes Jahr Milliarden. Neuerdings gibt sich der Konzern geläutert und kauft weltweit Wald- und Klimaschutzprojekte zusammen. Man könnte glauben, ein Klimaverschmutzer wolle seinen Schaden begleichen. Irrtum: Es geht schlicht um das nächste grosse Geschäft – während das Erdöl munter weitersprudelt.

Dass mit dem bedrohten Klima Geld verdient werden kann, liegt an der sogenannten Kompensation. Sie macht ein simples Versprechen: Trotz Klimakrise soll das aktuelle Wirtschaftsmodell ungestört weiterlaufen können, solange anderswo Wald geschützt wird. Meist mit Projekten weit weg – dort, wo die Kompensation wenig kostet.

Unsere Recherche im ländlichen brasilianischen Bundesstaat Tocantins zeigt das exemplarisch: Mercuria hat mit der dortigen Regierung derart schnell sein Waldschutzprogramm ausgehandelt, dass die Gesetzesgrundlage erst geschaffen wurde, nachdem der Vertrag unterzeichnet worden war. Wir konnten diesen Geheimvertrag einsehen und enthüllen nun, wie gross die Profite und Exklusivrabatte für den Rohstoffhändler sind.

Und wer sind die Leidtragenden in dieser Geschichte? Die lokalen Gemeinschaften und die Quilombolas, die Nachkommen von Sklav*innen. Sie berichten uns, dass sie nicht ausreichend angehört worden seien und ihnen nahegelegt worden sei, mit ihrem Anteil an den Projektgeldern zufrieden zu sein. Ihre Heimat soll zum neuen Rohstoff werden, gehandelt in Genfer Büros. Sie fürchten um ihre bereits unsicheren Landrechte und haben nun die Justiz eingeschaltet.

Wie das traditionelle Geschäftsmodell der Rohstoffkonzerne in die Lebenswelt lokaler Gemeinschaften eingreift, zeigen wir in dieser Ausgabe mit Bildern des deutschen Fotografen Marvin Systermans. Sie folgen den offensichtlichen und weniger offensichtlichen Spuren des Kohleabbaus in einer Mine von Glencore in Kolumbien und in zwei Braunkohlerevieren in Deutschland.

Auch wegen dessen Folgen braucht es Klimaschutz. Aber keine überhasteten Kompensationsprojekte, die betroffene Menschen vor vollendete Tatsachen stellen. Solche Deals verschieben die Verantwortung weit weg von der Schweiz, damit die Rohstoffkonzerne alles beim Alten lassen können. Wohl ganz im Sinn eines Erdölhändlers, wenn er die Lösung zur Klimakrise verkauft. Nicht mit uns: Public Eye schaut auch bei immer neuen Geschäftsmodellen weiter genau hin.

Manuel Abebe, Fachexperte für Rohstoffe und Handelspolitik



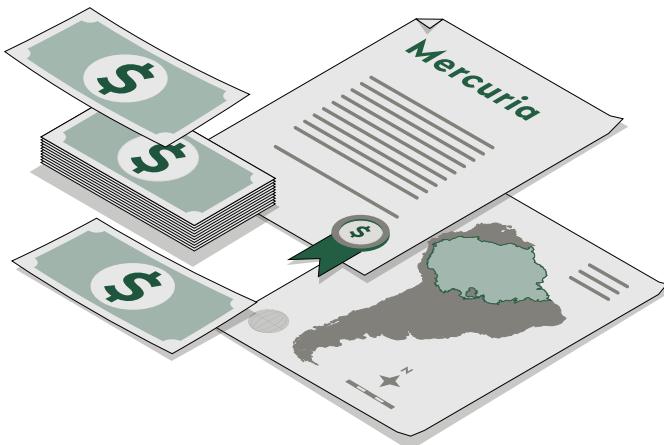


Globale Gerechtigkeit beginnt bei uns.

Public Eye

04 Die Klimageschäfte des Genfer Ölhändlers Mercuria in Brasilien

Durch seine Beteiligung an einem staatlichen Programm zur CO₂-Kompensation in Brasilien kann der Genfer Rohstoffkonzern Mercuria einen erheblichen Teil der Gewinne für sich beanspruchen. Das zeigt ein vertraulicher Vertrag, den Public Eye einsehen konnte. Indigene Gemeinschaften und andere betroffene Kreise fordern vor einem brasilianischen Gericht den sofortigen Stopp des Programms.



13 Neue Rohstoffstatistik des Bundes lässt Fragen offen

Irritationen statt Transparenz: Die neue Datenerhebung des Bundesamts für Statistik zur Bedeutung des Schweizer Rohstoffsektors steht in starkem Widerspruch zu Daten der Nationalbank. Die Erhebung gilt selbst in der Branche als unvollständig; es fehle ein grosser Teil der Wertschöpfung.

14 «Kaffeekonzerne verstehen nur die Sprache des Geldes»

Was gefährdet die Zukunft des Kaffees? Um diese Frage zu beantworten, bereiste Journalist Pierre Wolf-Mandroux in drei Jahren 15 Länder und traf zahlreiche Menschen, die mit Kaffee zu tun haben. Sein Fazit: Den Versprechen der Kaffeekonzerne ist nicht zu trauen.

18 Ein Gesetz gegen Wildwest- Handelspolitik tut not

Nach umstrittenen Abkommen mit Indien und den Mercosur-Staaten verhandelt die Schweiz nun mit den USA und China. Die Verwaltung gewährt sich Freiheiten, die nur via Referendum korrigiert werden können.

20 Auf der Spur der Kohle in Kolumbien und Deutschland

Was verbindet eine Kohlemine von Glencore in Kolumbien mit stillgelegten Minen im deutschen Braunkohlerevier? Der deutsche Fotograf und Künstler Marvin Systermans beantwortet die Frage visuell und beleuchtet dabei die herrschenden Machtverhältnisse.

24 Haltlose Kritik von Nestlé an der Arbeit von Public Eye

Im November sorgte unsere Recherche zur gezuckerten Babynahrung von Nestlé in Afrika weltweit für Schlagzeilen. Statt nun seine Praktiken zu überprüfen, stellt der Konzern lieber die Glaubwürdigkeit unserer Untersuchungen infrage.



11. November 2025: Indigene werden von Sicherheitskräften zurückgehalten, während sie versuchen, einen Saal der UN-Klimakonferenz COP30 im brasilianischen Belém zu betreten. Auf ihrem Plakat sprechen sie Klartext: «Unsere Wälder stehen nicht zum Verkauf.»



Lukrativer Klimadeal von Mercuria stösst in Brasilien auf Widerstand

Mit gross angelegten Waldschutzprogrammen hat sich der Rohstoffhändler Mercuria an der Klimakonferenz COP30 unlängst als Retter des Amazonas-Regenwaldes präsentiert. Public Eye konnte den Geheimvertrag zwischen Mercuria und dem brasilianischen Bundesstaat Tocantins einsehen. Dieser zeigt: Mit seiner «grünen» Neupositionierung könnte Mercuria einen erheblichen Teil der Gewinne aus dem Programm einstreichen. Doch betroffene indigene Gemeinschaften fordern die sofortige Suspendierung des Vorhabens.

ADRIÀ BUDRY CARBÓ UNTER MITARBEIT VON MANUEL ABEBE

Belem, 11. November 2025. Ein paar Dutzend Vertreter*innen indigener Gemeinschaften versuchen die COP30 zu stürmen, die am Vortag in dieser brasilianischen Grossstadt am Rande des Amazonasgebiets begonnen hat. «Unsere Wälder stehen nicht zum Verkauf», heisst es auf einem rot eingekreisten Plakat, während Sicherheitskräfte die Demonstrierenden zurückdrängen.

Der Amazonas-Regenwald stand im Mittelpunkt der Verhandlungen zur Erreichung der CO₂-Neutralität, die bis zum 22. November dauerten. Das offizielle Programm widmete zwei Tage den sogenannten Kompensationsprogrammen, die Projekte zum Schutz oder zur Aufforstung von Wäldern finanzieren und die Schaffung von Emissionszertifikaten für jede vermiedene oder gebundene Tonne CO₂ ermöglichen. Präsentiert wurden insbesondere Pilotprogramme in den brasilianischen Bundesstaaten Tocantins und Pará.

Während sich die indigenen Gemeinschaften um die Zukunft des Regenwaldes sorgen, unterzeichneten die auf der COP30 vertretenen Konzerne, darunter der Genfer Rohstoffhändler Mercuria, eine gemeinsame Erklärung zur Unterstützung des CO₂-Kompensationsmodells der Amazonas-Staaten, wie die brasilianische Presse berichtet. Es steht viel auf dem Spiel: Das Problem der Entwaldung ist sehr real – und die Gewinnaussichten sind riesig.

50 Millionen CO₂-Zertifikate mit unklarem Preis

Gemäss einem vertraulichen Vertrag, den Public Eye einsehen konnte, könnte Mercuria durch die Teilnahme an einem J-REDD+-Kompensationsprogramm (siehe Box hier unten) des Bundesstaates Tocantins einen beträchtlichen Teil der Gewinne einheimsen. Es bestehen allerdings erhebliche Interessenkonflikte.

Bis 2030 will der Bundesstaat 50 Millionen CO₂-Zertifikate generieren, eine erste Tranche von 17 Millio-

Wie Kompensationsprogramme vom Typ J-REDD+ funktionieren

Ein CO₂-Kompensationsprogramm zielt darauf ab, Emissionen von Kohlenstoffdioxid (CO₂) durch die Finanzierung von Projekten auszugleichen, die an anderer Stelle Treibhausgase reduzieren oder speichern. Dazu gehören insbesondere Projekte in den Bereichen erneuerbare Energien und Wiederaufforstung.

Der Ansatz J-REDD+ misst die tatsächliche Reduzierung der Emissionen aufgrund von Abholzung und Waldschädigung, die in einem bestimmten Staatsgebiet erzielt wird, und vergleicht das Resultat mit der Entwicklung ohne Massnahmen. Anders als die privaten, oft kleinräumigeren REDD+-Projekte werden J-REDD+-Programme von staatlichen Behörden verantwortet. Sie generieren eine grosse Zahl Zertifikate und sind deswegen potenziell lukrativer. Die erzielte CO₂-Reduktion wird in Form von Emissionsgutschriften, sogenannten CO₂-Zertifikaten, verbucht. Ein Teil der Einnahmen aus diesen Gutschriften soll an Staaten und die Bevölkerungsgruppen gehen, die ihr Ökosystem schützen.



nen für die Jahre 2020–2024. Jedes Zertifikat entspricht einer Tonne CO₂, die von den Wäldern und der lokalen Vegetation gespeichert wird. Nach den wenigen verfügbaren Informationen sollen die Einnahmen durch einen Klimafonds verwaltet werden, dessen Organisationsstruktur noch nicht festgelegt wurde. Die Gelder sollen wie folgt aufgeteilt werden: 50 % für den Staat, 25 % für private Landwirt*innen sowie 25 % für indigene Dörfer und Quilombos, von Nachkommen geflohener Sklav*innen gegründete Siedlungen.

Der Staat rechnet mit Einnahmen von 2,5 Milliarden Real (370 Millionen Franken). Diese Zahl ist jedoch höchst spekulativ, denn die Preise für CO₂-Zertifikate schwanken stark.

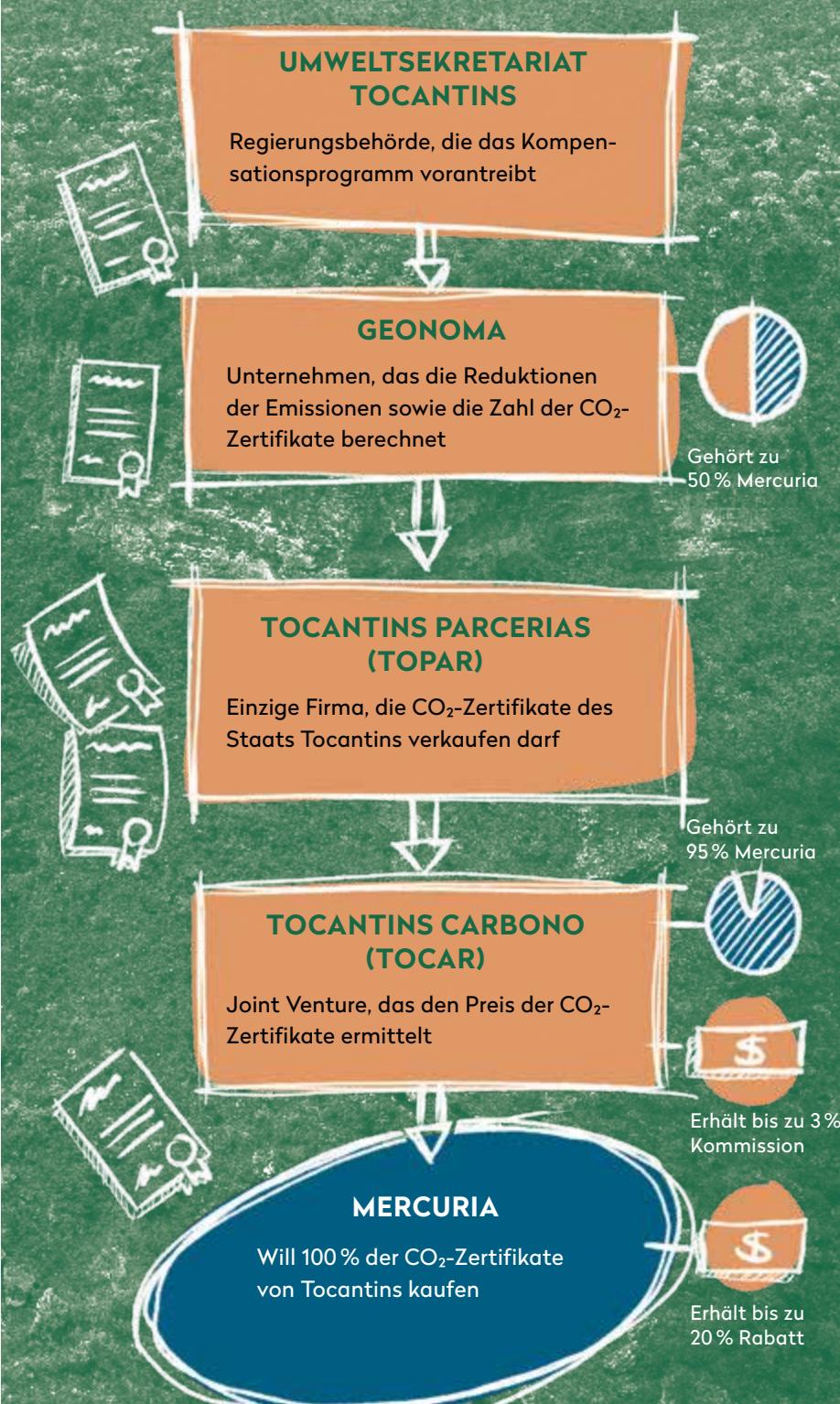
Hier kommt Mercuria ins Spiel: Laut den von Public Eye analysierten Dokumenten sollen die Zertifikate von einem Joint Venture namens Tocantins Carbono auf den Markt gebracht werden. Mercuria hat 15 Millionen Real (fast 3 Millionen Franken) in dessen Gründung investiert und ist daran mit über 95 % beteiligt, der Rest befindet sich im Besitz des Bundesstaates Tocantins (siehe Infografik rechts).

Mercuria betreut in Tocantins nicht nur den Handel mit den CO₂-Zertifikaten, sondern auch die «Strukturierung» des Programms J-REDD+. «Es ist eine Wette auf die Zukunft», kommentiert die brasilianische Forscherin und Aktivistin Diana Aguiar, die die Ausschreibung für das Programm unter die Lupe genommen hat.

Im Gegenzug erhält Tocantins Carbono eine Provision von bis zu 3 % auf den Verkauf von in Tocantins generierten Waldzertifikaten. Eine weitere Provision in Höhe von 3,5 % geht an eine öffentlich-rechtliche Gesellschaft namens Tocantins Parcerias, welche die Ausschreibung für das Programm lanciert hat. Erst nach diesen beiden Abzügen soll der restliche Gewinn unter den Interessengruppen aufgeteilt werden. →

Mercuria kontrolliert zentrale Akteure im Klimaprogramm

Über zwei Beteiligungen von 50 % und 95 % nimmt Mercuria Einfluss auf die Anzahl und den Preis der CO₂-Zertifikate, die der brasilianische Staat Tocantins herausgibt und die der Genfer Rohstoffkonzern gemäss Vertrag «zu 100 %» aufkaufen will. Das zahlt sich für Mercuria gleich doppelt aus – in Form einer Kommission und eines Sonderrabatts von 20 %.





© Victor Moriyama/Greenpeace

Typisch für den Cerrado im Staat Tocantins: Wald, der eher einer Savanne ähnlich ist.

Die Klimageschäfte von Mercuria in Lateinamerika

Neben dem Projekt in Tocantins ist Mercuria an mehreren «grünen» Projekten in anderen Regionen und Staaten beteiligt.

ZERTIFIKATSGESCHÄFTE

- 1 Tocantins (Brasilien): Kaufvertrag
- 2 Ucayali (Peru): Kaufvertrag
- 3 Madre de Dios (Peru): Kaufvertrag
- 4 Guyana: Exklusiver Händler
- 5 Piauí (Brasilien): Übereinkommen
- 6 Indigene Territorien (Peru): Übereinkommen
- 7 Misiones (Argentinien): Übereinkommen

INVESTITIONEN IN WALDSCHUTZ

- 8 Maranhão (Brasilien)



Der Vertrag sieht aber eine noch bedeutendere Gegenleistung für Mercuria vor. Gemäss der vertraulichen Vereinbarung zwischen dem Rohstoffhändler und dem Bundesstaat Tocantins, die Public Eye vorliegt, erhält Mercuria hohe Rabatte, sollte die Firma CO₂-Zertifikate aufkaufen: 20 % bei einem Marktpreis von bis zu 15 US-Dollar pro Tonne; und nach einem degressiven Satz mindestens 13 %, wenn der Preis pro Tonne über 50 US-Dollar liegt. Kein Wunder hat Mercuria im Vertrag die klare Absicht festgehalten, «100 % (hundert Prozent) der generierten CO₂-Zertifikate» aufkaufen zu wollen.

Die resultierenden Erträge könnten erheblich ausfallen. Der Bundesstaat Tocantins hat für seine 50 Millionen CO₂-Zertifikate Einnahmen in Höhe von 2,5 Milliarden Real veranschlagt: Eine Tonne CO₂ hätte demnach einen Wert von 8,60 US-Dollar. Sichert sich Mercuria die 17 Millionen CO₂-Zertifikate für die Jahre von 2020 bis 2024, so würde das Unternehmen – dank seines Sonderrabatts von 20 % – einen garantierten Profit von über 29 Millionen US-Dollar erzielen. Eine solche Marge wäre für jedes Handelshaus interessant, ganz zu schweigen von der Spekulationsmöglichkeit im Hinblick auf einen Preisanstieg für Emissionszertifikate auf dem Weltmarkt. Die traditionellen Gemeinschaften würden auf diesen Berechnungsgrundlagen wiederum etwa 27 Millionen US-Dollar erhalten, wobei der genaue Verteilmechanismus noch offen ist.

Insgesamt sind die Vertragsbedingungen so grosszügig und flexibel, dass Mercuria den wesentlichen Teil des Gewinns aus den CO₂-Zertifikaten für sich beanspruchen könnte – und das über die Gesamtaufzeit des Vertrags bis Ende 2032.

Zu all diesen Punkten hat Public Eye Mercuria um eine Stellungnahme gebeten. Das Unternehmen beantwortete unsere Fragen auch auf zweimalige Nachfrage nicht.

Vom schwarzen Gold zum «grünen CO₂»

Mercuria wurde 2004 in Genf gegründet und ist vor allem als Händler von Rohöl und raffinierten Erdölprodukten, Erdgas und Strom bekannt. Der bisher unauffällig agierende Konzern geriet in der Schweiz ab August 2025 ins Rampenlicht: Mitgründer Daniel Jäggi beteiligte sich am sehr informellen «Team Switzerland», das die wirtschaftlichen Interessen der Schweiz gegenüber der Trump-Administration vertreten sollte.

Das Genfer Handelshaus gibt an, täglich über 6 Millionen Barrel Rohöl zu vermarkten. Daten zu den indirekten Emissionen, die durch den Verbrauch dieser Rohstoffe entstehen, veröffentlicht Mercuria jedoch nicht – unter Berufung auf seine «einzigartige Rolle [...] als Zwischenhändler». Public Eye schätzt diese Emissionen allein für das Jahr 2022 auf 496 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent (siehe Public Eye Magazin vom November 2024). Seitdem hat der nach eigener Einschätzung «schweizerischste unter den grossen Händlern» keine

Informationen mehr über die von ihm gehandelten Rohstoffe bekannt gegeben.

Der Konzern ist seit 2008 auf dem transnationalen Markt für Kompensationsprogramme tätig und hat in den letzten Jahren seine Projekte in Lateinamerika vervielfacht. Über die 2023 in Singapur gegründete Tochtergesellschaft Silvania unterstützt Mercuria die Initiative «Race to Belém»: ein Projekt, das mindestens 1,5 Milliarden US-Dollar für Klimaprogramme im Amazonasgebiet oder in benachbarten Regionen beschaffen soll.

Lokale Politiker*innen kommentieren diese Pläne mit Stolz: «Europäische Länder haben die Umweltschutzpolitik vielleicht nicht auf die gleiche Weise umgesetzt wie wir», röhmt sich Wanderlei Barbosa, Gouverneur von Tocantins, in einem Werbevideo im Juni 2023, in dem er mit Mercuria-Vertretern zu sehen ist. «Deshalb kümmern sich so bedeutende multinationale Unternehmen wie Mercuria um die Umwelt an anderen Orten, wo sie diese Regeneration durchführen können», zitiert ihn ein brasiliianischer Zeitungsartikel.

Neben seiner Initiative in Tocantins hat Mercuria auch Partnerschaften mit dem Nachbarstaat Piauí, zwei peruanischen Amazonas-Departementen und einer argentinischen Provinz geschlossen. Im Juli 2025 wurde außerdem der Start eines J-REDD+-Projekts auf peruanischem Land angekündigt, das von indigenen Gemeinschaften bewohnt wird (siehe Karte links). Laut Silvania stehen bei diesen Programmen «die Rechte der indigenen Völker, die

Entwaldung bietet lukrative Perspektiven



Entwaldung ist in Tocantins ein gewaltiges Problem. Der Bundesstaat, der fast siebenmal so gross wie die Schweiz ist, kämpft mit der starken Expansion agroindustrieller Unternehmen. Deshalb schreitet die Entwaldung schneller voran als in allen anderen Bundesstaaten im Amazonasgebiet. Die Vegetation besteht zu fast 91 % aus Cerrado, einer für Lateinamerika charakteristischen tropischen Savanne. Die Abholzungsrate hat sich in Tocantins laut Daten des brasilianischen Nationalen Instituts für Weltraumforschung innerhalb des letzten Jahres nochmals um 5 % erhöht: 2023 wurden über 223 000 Hektar zerstört. Diese rasante Entwaldung begünstigt die Schaffung von Emissionszertifikaten durch Ausgleichsprogramme, da eine historisch hohe Entwaldungsrate ein grosses Reduktionspotenzial bietet.

Erhaltung des kulturellen Erbes und die nachhaltige Entwicklung» im Vordergrund; «die Rolle der lokalen Gemeinschaften als Hüterinnen des Waldes» soll gestärkt werden.

Druckversuche und Gewinnversprechen

Die besagten «Hüterinnen des Waldes» sehen dies allerdings ganz anders. Eine Allianz von elf Organisationen aus Tocantins – u.a. die Landlosenbewegung MST, Gemeinschaften von Nachkommen versklavter Menschen (Quilombos), Vereinigungen von Kleinbauernfamilien und Landfrauen – wandte sich am 7. Juli 2025 an die Staatsanwaltschaft sowie an die nationale Aufsichtsbe-

hörde für J-REDD+. Die Gruppe fordert die sofortige Suspendierung des Programms in ihrem Bundesstaat, weil die Voraussetzungen zur Anhörung der indigenen Bevölkerung im Hinblick auf eine freie, vorherige und informierte Zustimmung nicht gegeben seien. Die Public Eye vorliegende Beschwerde richtet sich explizit gegen das Umweltsekretariat von Tocantins.

Die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) legt in Artikel 6 fest, dass indigene und traditionelle Gemeinschaften vor jeder legislativen oder administrativen Massnahme, die sie direkt betrifft, konsultiert werden müssen. Dies führt bei Bergbau-, Erdöl- oder Infrastrukturprojekten multinationaler Unternehmen häufig zu Konflikten. Hat das betreffende Land, wie Brasilien, die Konvention ratifiziert, so kann das Fehlen einer vorgängigen Anhörung zur Aufhebung der Betriebsbewilligung führen.

Aus der Sicht der Beschwerdeführenden bieten die Workshops des Umweltsekretariats von Tocantins «keine Informationen, die ein Verständnis des ... Programms J-REDD+ ermöglichen», da es dort ausschließlich um die Verteilung der Gewinne gehe.

Konkret: Die lokalen Behörden versprechen der Bevölkerung im ländlichen Bundesstaat Tocantins einen Geldsegen. Paulo Rogério, Koordinator des Netzwerks für Agrarökologie in Tocantins (ATA), war 2023 an einigen dieser Sitzungen dabei. Teilgenommen haben neben Fachleuten auch «mandatierte Vertreterinnen und Vertreter von Gemeinschaften, um die Akzeptanz des Programms zu verbessern», kritisiert Rogério, der die Beschwerde mitunterzeichnet hat. «Es war ein schwer durchschaubares Gespräch, das auf ungesicherten Annahmen basierte. Nach dem Motto: <Wollt ihr x Millionen oder nicht? Nehmt das Geld doch!> Es ging darum, ein Einverständnis zu erzwingen, die Gemeinschaften wurden unter Druck gesetzt», kritisiert er.

Neues Eldorado für Rohstoffhändler



Warum interessieren sich Rohstoffhändler für die «grüne Lunge der Erde»? Die Antwort liegt in den handelbaren CO₂-Zertifikaten, die ebenso wie ein Barrel Öl, eine Tonne Kohle oder eine Unze Gold auf dem Weltmarkt gehandelt und verkauft werden können. Der Erfinder dieses Instruments erklärt es so: Der CO₂-Ausgleich sei «ein Rohstoff, den man weder sehen noch riechen oder anfassen kann». Das Zertifikat hat den Vorteil, dass es auf dem Papier existiert. Es muss weder gelagert noch transportiert werden und verheisst, Gutes zu tun. Und vor allem verspricht es steigende Renditen, je näher das Jahr 2050 rückt: Im Pariser Klimaabkommen ist diese Frist festgelegt, damit die Erderwärmung unter 1,5 °C bleibt.

Ein wesentlicher Faktor für das Funktionieren dieses Geschäfts: CO₂-Kompensationsprogramme und -projekte kosten dort, wo sie durchgeführt werden, weniger als an dem Ort, an dem das CO₂ tatsächlich ausgestossen wird. Dieser Kostenvorteil macht das Business für Rohstoffkonzerne wie Mercuria so attraktiv.

Laut einer Studie der Beratungsfirma McKinsey von 2021 könnte der freiwillige Markt für CO₂-Zertifikate schon bis 2030 ein Volumen von über 50 Milliarden US-Dollar erreichen. Für Mercuria steht die Rentabilität an erster Stelle: J-REDD+-Zertifikate könnten zum gefragtesten Klimarohstoff des Jahrzehnts werden. Je weniger es den Staaten gelingt, ihren einheimischen Ausstoss zu reduzieren, desto mehr steigt der Wert der Zertifikate.

Potenzielle Interessenkonflikte

Manche Exponenten des Agrarhandels – ein wichtiger Wirtschaftssektor in Tocantins – zeigen sich ebenso wenig überzeugt von dem Programm wie die traditionellen Gemeinschaften: «Stellen Sie sich vor, Sie verzichten darauf, einen Baum in Ihrem Garten zu fällen. Dann verkaufen Sie jemand anderem das Recht, das Äquivalent davon zu verschmutzen. Das ist absurd. Davon hat die Natur nichts», sagt Paulo Corazzi. Er vertritt den Landwirtschaftsverband Aproest, der auf Instagram immer wieder die «Abzocke» mit den CO₂-Zertifikaten kritisiert.

→ Über 300 Personen, darunter Indigene sowie Bauern und Bäuerinnen, verurteilten bei einem Treffen Ende August 2025 die Bedrohung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen in Tocantins, unter anderem explizit durch Projekte wie J-REDD+.

Ein Rechtsgutachten, das Public Eye vorliegt, sieht die bäuerlichen Landrechte verletzt und erachtet den ganzen Prozess als undurchsichtig. Insbesondere stehen extra gegründete Privatunternehmen in der Kritik, mit denen die öffentlichen Transparenzvorschriften in Brasilien umgangen werden. Die Aufteilung der Gewinne wird gar als Verstoss gegen die nationale Souveränität eingestuft.

Neben der Möglichkeit für Meruria, sämtliche selbst vermarkteten Zertifikate auch aufzukaufen, gibt es beim Programm noch weitere potenzielle Interessenkonflikte. Laut offiziellen Dokumenten obliegen die technischen Aspekte des Projekts bezüglich der Anzahl generierter CO₂-Zertifikate einer Firma namens Geonoma, die mittlerweile zu 50 % von Meruria kontrolliert wird. Einer ihrer Direktoren leitet gleichzeitig Tocantins Carbono und Meruria Brasil.

Für Winnie Overbeek vom World Rainforest Movement ist die Sache klar: «Die Struktur solcher Programme ist eine Einladung zu Manipulationen und Betrug. Jeder hat ein Interesse daran, mehr Zertifikate zu generieren, da alle Akteure Provisionen beim Verkauf erhalten. Sie haben keinen Plan für die Emissionsreduktion, sondern versprechen lediglich, dass es mehr Kontrollen geben wird.» Auch der Zeitplan der öffentlichen Ausschreibung des Programms J-REDD+ von Tocantins wirft Fragen auf. Laut den Verfahrensunterlagen gab Tocantins Parcerias den Bewerberunternehmen nur zwei Wochen Zeit, um Projekte einzureichen. Die Anträge von zwei Beratungsfirmen, die sich wie Meruria beworben hatten, wurden abgelehnt, weil sie «die Mindestkriterien

für eine Partnerschaft» nicht erfüllten – hinsichtlich der finanziellen Leistungsfähigkeit oder weil sie Unterlagen in einer Fremdsprache eingereicht hatten, so das speziell geschaffene Auswahlgremium.

Die Behörden schritten beim J-REDD+-Programm so schnell voran, dass nicht einmal die entsprechenden Rechtsgrundlagen abgewartet wurden: Erst nach Abschluss des gesamten Ausschreibungsverfahrens trat Anfang 2023 jenes Gesetz in Kraft, das das Vorgehen des Bundesstaates Tocantins bezüglich CO₂-Zertifikate regeln soll.

Korruption und «ökologische» Landnahme

Der Bundesstaat Tocantins hatte schon mit zahlreichen Korruptionsfällen zu kämpfen. Drei Gouverneure wurden wegen Unregelmässigkeiten des Amtes entthoben. Der aktuelle Gouverneur, Wanderlei Barbosa (der öffentlich mit Meruria auftrat), wurde am 3. September für sechs Monate suspendiert, wie auch seine Ehefrau, die ebenfalls ein öffentliches Amt bekleidet. Sie sollen zusammen mit Mitgliedern der vorherigen Regierung in ein umfangreiches Korruptionssystem verwickelt gewesen sein. Dabei ging es um die Veruntreuung von Lebensmittelpaketen während der Coronapandemie.

Der für J-REDD+ zuständige Umweltminister Marcello Lelis, ein wichtiger Partner für Meruria, wurde kurz nach Wanderlei Barbosa entlassen. Lange zuvor war er bereits während acht Jahren von der Wahl in öffentliche Ämter ausgeschlossen worden. Begründet wurde die Sperre mit «Missbrauch wirtschaftlicher Macht, übermässige Beschaffung von Kraftstoffen und Missständen



bei der Anstellung von Wahlhelfer*innen» für seine Kampagne von 2012. Die zahlreichen Korruptionsaffären, die die Region erschüttern, könnten das von den Behörden vorangetriebene Klimaprogramm ausbremsen. «Der Wert der CO₂-Zertifikate wird auf den Märkten ausgehandelt und hängt stark vom Ruf des Bundesstaates Tocantins ab», hält die Forscherin Diana Aguiar fest.

Traditionelle Gemeinschaften befürchten, J-REDD+ könnte ein bekanntes Muster noch verstärken, nämlich die Landnahme unter dem Deckmantel des Umweltschutzes.

Traditionelle Gemeinschaften befürchten daher, dass J-REDD+ ein bekanntes Muster noch verstärken könnte, nämlich die Landnahme unter dem Deckmantel des Umweltschutzes. In Brasilien wird der auf Selbstdeklaration basierende Umweltkataster von Landbesitzenden häufig genutzt, um sich geschützte Flächen anzueignen, indem sie diese als eigene Ausgleichsflächen registrieren lassen.

«Fast alle der rund 50 Quilombos in der Region besitzen keine Landtitel. Das Gleiche gilt für einige indigene Dörfer», weiss Paulo Rogério. Der Vertreter des Netzwerks für Agrarökologie ATA erinnert daran, wie brisant die Landfrage historisch gesehen ist. Aus seiner Sicht muss die Frage nach dem Besitz des Bodens zwingend vor der Einführung eines J-REDD+-Programms geklärt werden: «Diese Programme sind ein neuer Versuch, auf bisher geschützte Gebiete zuzugreifen und sie an Unternehmen zu überschreiben. Unter diesem Landgrabbing werden alle leiden.»

Doch die Behörden wurden nicht aktiv. Deswegen reichte die Koalition um ATA und Paulo Rogério Anfang September bei der sechsten Kammer der brasilianischen Staatsanwaltschaft, die für die Rechte indigener Völker und traditioneller Gemeinschaften zuständig ist, eine neue Beschwerde zur Suspendierung des Programms J-REDD+ ein. Mitte Oktober wies diese den Fall an den Staatsanwalt von Tocantins zurück.

Im Dschungel der CO₂-Zertifikate

Zwei Monate nach der COP30 bleibt der rechtliche Rahmen von J-REDD+ unklar. Gegen das entsprechende Programm von Pará, dem benachbarten Bundesstaat und Gastgeber der COP30, ist die brasilianische Staatsanwaltschaft mit einem Antrag auf sofortige Suspendierung vorgegangen. Die Justizbehörde ist der Ansicht, dass die lokale Regierung an einem Vorverkauf von CO₂-Zertifikaten beteiligt war und dadurch gegen nationales Recht verstossen hat. «Diese Zertifikate existieren noch gar nicht», erklärte der Büroleiter der Staatsanwaltschaft, Felipe de Moura Palha e Silva, gegenüber dem Umweltmedium «Mongabay».

In Peru unterzeichnete die Amazonasregion Ucayali im Dezember 2021 ebenfalls eine Vereinbarung mit Mercuria über die Entwicklung eines J-REDD+-Programms. Die Vereinbarung wird derzeit von der Zentralregierung angefochten: Diese stellt sich auf den Standpunkt, Regionalregierungen dürften keine CO₂-Zertifikate vermarkten, bevor ein nationales Abrechnungssystem eingerichtet sei.

In Tocantins hat Mercuria sich gegen mögliche Hürden abgesichert: Der mit der Regionalregierung unterzeichnete Vertrag sieht vor, dass diese «alle erforderlichen rechtlichen und administrativen Schritte» gegen Gesetze oder Vorschriften ergreifen muss, die das Programm J-REDD+ gefährden könnten. ■





Neue Rohstoffstatistik: mit Vorsicht zu geniessen

Die vom Bundesrat verlangte Datenerhebung zum Rohstoffsektor sollte Transparenz schaffen. Stattdessen sorgt die neue Schätzung des Bundesamtes für Statistik für Irritationen: Ihre Resultate stehen im starken Widerspruch zu Nationalbank-Daten und gelten selbst in der Branche als unvollständig.

ROBERT BACHMANN

Verlässliche Daten zum Schweizer Rohstoffsektor sind gefragt, aber nur spärlich vorhanden – sei es über Umfang und Herkunft der gehandelten Waren, sei es über den Beitrag des Sektors zum Bruttoinlandprodukt. Im Juni 2022 hatte der Bundesrat als Reaktion auf die russische Invasion in die Ukraine und die Debatte um die Bedeutung des Handelsplatzes für die Finanzierung des russischen Krieges eine Datenerhebung beschlossen, um «verlässliche Aussagen über die Bedeutung des Rohstoffhandels für die Schweiz» machen zu können.

Herausgekommen ist, über drei Jahre später, eine auf Firmenumfragen beruhende Schätzung der Wertschöpfung des Rohstoffhandels, die mehr Fragen aufwirft als Antworten gibt. 2024 hätten die im Rohstoffhandel tätigen Unternehmen gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) 19,2 Milliarden Franken generiert, was 2,3 % des Bruttoinlandproduktes (BIP) der Schweiz entspräche. Die Zahlen stehen in starkem Kontrast zu vergleichbaren Erhebungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB). Diese beziffert für 2024 den Ertrag des Transithandels (wovon der Rohstoffsektor den Grossteil ausmacht) dreimal höher als das BFS – auf rund 58,6 Milliarden Franken. Dies entspricht einem BIP-Anteil des Rohstoffsektors von 6,7 %. Obwohl die SNB-Statistik tendenziell den Sektor etwas überschätzt und das BFS angibt, eine andere Kenngrösse als die SNB zu erheben, erstaunt dieser gewaltige Unterschied.

Selbst der Branchenverband des Sektors, Suisse-négoce, kritisiert die neue Statistik. Sie bilde viele Tätigkeiten nicht ab, z.B. die Erdölraffination. Damit fehle ein grosser Teil der Wertschöpfung. Tatsächlich werfen die Erhebungsmethoden des BFS Fragen auf. Es ist völlig unklar, wie viele der befragten Firmen tatsächlich geantwortet haben und für wie viele der Firmen die Zahlen geschätzt werden mussten. Auf Anfrage erklärt das BFS, dass die «grossen» Rohstoffhändler geantwortet hätten.

Diese machen jedoch nur einen Bruchteil der insgesamt 975 erfassten Unternehmen aus. Für den Rest wurde eine Schätzung gemacht, dennoch ist das BFS der Meinung, dass das Resultat nicht beeinträchtigt sei. Zudem wurden gemäss Auftrag des Bundesrats die Rohstoffflüsse nicht erfasst. Dabei wäre genau das zentral, um die Wertschöpfung der verschiedenen Zweige zu beziffern.

Wenig verlässliche Momentaufnahme

Auch deckt sich die Erhebung des BFS kaum mit den historischen Entwicklungen. Noch 2017 hatte der Bundesrat den BIP-Anteil des Rohstoffsektors auf rund 3,8 % geschätzt. Seither haben die Einnahmen stark zugenommen. Dass die Zahlen jetzt so tief liegen, dürfte auch am Referenzjahr 2024 liegen. Rohstoffkonzerne investierten damals ihre Rekordprofite, die sie nach der russischen Invasion der Ukraine gemacht hatten, in neue Infrastruktur und konnten so ihre Gewinne kleinrechnen. Die Momentaufnahme eines einzelnen Jahres kann den Sektor kaum verlässlich einschätzen. Das anerkennt auch das BFS und schreibt, dass die Zahlen weiter konsolidiert und verfeinert würden. Zudem soll die Erhebung auch für die Jahre 2025 und 2026 durchgeführt werden.

In der Summe ist die neue BFS-Statistik damit nicht belastbar und mit Vorsicht zu geniessen: «Verlässliche Aussagen» zum Rohstoffsektor, wie vom Bundesrat gefordert, lassen sich damit nicht machen. Vor allem aber ist sie eine rein innenpolitische Kenngrösse und liefert keinerlei Informationen über Herkunft und Destination der in der Schweiz gehandelten Rohstoffe. Aussenpolitisch relevante Aussagen, beispielsweise zur Finanzierung von Konflikten durch den Rohstoffhandel, lassen sich damit nicht machen.

Public Eye fordert weiterhin eine breitere Datenerhebung zum Hochrisikosektor Rohstoffhandel. ■



Kaffeebauer Thomas Kimasi macht der Klimawandel zu schaffen: Im Winter ist es länger trocken, und im Sommer regnet es viel mehr und länger. Seine Farm liegt auf 2100 Metern Höhe im Distrikt Bulambuli in Uganda. Die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» hat ihn in einer Reportage porträtiert.

© Lucas Beuvi/F.A.Z.-Foto

«Wir müssen aufhören, an die Versprechen der multinationalen Konzerne zu glauben»

Was gefährdet die Zukunft des Kaffees? Um diese Frage zu beantworten, bereiste der französische Journalist Pierre Wolf-Mandroux 15 Länder und traf drei Jahre lang zahlreiche Menschen, die mit Kaffee zu tun haben: Pflücker*innen, Produzent*innen, Wissenschaftler*innen und Händler*innen. Im Oktober 2025 veröffentlichte er die Ergebnisse seiner Recherchen in einem investigativen Buch. Ein Gespräch bei einer Tasse Kaffee.

INTERVIEW: FLORIAN BLUMER

Was für ein Kaffeetrinker sind Sie?
Für mich als Journalisten ist der Kaffee ein Freund und wichtiges Arbeitsinstrument. Er erlaubt mir, schneller zu schreiben und mich bei Interviews besser zu konzentrieren. Ich trinke also gezwungenermaßen viel Kaffee.

Nur des Koffeins wegen?

Nein! Vor zehn Jahren habe ich entdeckt, dass Kaffee je nach Herkunft ganz unterschiedlich und ausgesprochen gut schmecken kann. Bei meinen Begegnungen mit Kaffee-

liebhaber*innen habe ich dann immer mehr über die Probleme erfahren: die Produzent*innen, die zu wenig verdienen; die Konzerne, die intransparent geschäften und uns schlechten Kaffee verkaufen, den sie stark rösten, um ihn trinkbar zu machen; die moderne Sklaverei; die Ausbeutung; die Erderwärmung.

Sie haben für Ihr Buch drei Jahre lang recherchiert und in dieser Zeit 15 Länder bereist. Was stellt aus Ihrer Sicht die grösste Gefahr für die Zukunft des Kaffees dar?

Das eine ist die Erderwärmung. Ich habe viele Produzent*innen der Sorte Arabica getroffen, die mir gesagt haben: «Wir schaffen es nicht mehr, auf dieser Höhe anzubauen.» Aufgrund der steigenden Temperaturen müsste man Kaffeepflanzen in höhere Lagen versetzen, damit sie weiter produktiv blieben. Es gibt Länder, in denen das möglich ist, aber es handelt sich oft um geschützte Gebiete, wo erneut alles abgeholt werden müsste. Kurz gesagt: Der Klimawandel schafft viele Probleme.

Und das andere?

Die zweite grosse Gefährdung kommt von der Wertschöpfungskette. So, wie sie heute organisiert ist, gibt sie den Kaffeekonzernen eine grosse Machtfülle. Multis wie Nestlé, JDE Peet's oder Starbucks verdienen Hunderde Millionen mit Kaffee, während die Produzent*innen – und ich spreche noch nicht einmal von den Erntearbeiter*innen – immer weniger verdienen.

In Chiapas, Mexiko, wo ich 2024 für eine Recherche von Public Eye war, erzielten die Produzent*innen – deren Familieneinkommen von Nestlé abhängt – zum Teil Erträge, die unter den Produktionskosten lagen. Sie haben die Recherche in Ihrem Buch erwähnt. Warum?

Weil Ihre Recherche etwas aufzeigt, das man nur selten liest: Multinationale Unternehmen wie Nestlé geben den Preisanstieg an der Börse nicht weiter und scheuen nicht davor zurück, eine Monopolstellung in einer Region auszunutzen.

Die Bäuerinnen und Bauern in Chiapas haben mir erklärt, dass der Preis, den sie für ihren Kaffee erhalten, sofort nach unten angepasst wird, wenn der Kurs an der Börse sinkt. Steigt er hingegen, wie es in den letzten zwei Jahren auf Rekordniveau der Fall war, heisse es jeweils, es sei kompliziert und der Börsenkurs nicht der einzige Faktor, der den Preis bestimme.

Die Konzerne sagen, die liberalisierten Märkte und die Börse seien super, weil sie zum wahren Kaffeeepreis führen würden. Dabei befürworten sie dieses System, weil es sie bevorteilt. In diesem Spiel verlierst du immer, wenn du als Kleinproduzent*in am unteren Ende der Wertschöpfungskette bist. Die Konzerne sind zu mächtig, als dass du gewinnen könntest.

Auch Sie haben auf Ihren Reisen Menschen getroffen, die unter den Machtverhältnissen leiden. Sie haben mir im Vorgespräch gesagt,

dass Sie die Zustände in Uganda am meisten schockiert haben.

Warum?

Uganda investiert enorme Summen in den Kaffee. Präsident Yoweri Museveni sagt, er wolle die Produktion in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren vervierfachen. Viele sind darauf in den Kaffeeanbau eingestiegen, weil sie hofften, so der bitteren Armut zu entkommen. Kleinproduzent*innen mit lediglich ein oder zwei Hektaren Land erhoffen sich vom Kaffee ein besseres Leben. Doch sie haben sehr viele Probleme.

Sie haben Kleinbäuerinnen und -bauern getroffen. Was haben sie Ihnen gesagt?

Viele haben mir erzählt, sie hätten ein Kind verloren, weil es krank geworden war oder weil sie kein sauberes Trinkwasser hatten. Ein Kaffeebauer sagte mir: «Manchmal esse ich tagelang nichts, weil das Einkommen der Ernte aufgebraucht ist.» Ich merkte an, dass er doch Mangobäume und eine Kuh habe auf dem Hof. Er antwortete mir: «Die Mangos und die Milch der Kuh muss ich verkaufen, um das Schulgeld meiner Kinder zu bezahlen.» In solchen Situationen wird einem bewusst, was es heißt, wenn das Einkommen aus dem Kaffeeanbau nirgends hinreicht.

An wen verkaufen diese Bäuerinnen und Bauern ihren Kaffee?

Sie haben eine kleine Kooperative und verkaufen ihren Robusta-Kaffee zum grössten Teil einer Firma, die eigentlich nicht schlecht ist. Ich habe mit ihrem Gründer gesprochen, einem ehemaligen Sozialarbeiter. Er hat mir gesagt: «Ich kann ihnen nicht mehr bezahlen, sonst verdiene ich gar kein Geld mehr. Ich zahlte bereits mehr als den Marktpreis.» An diesem Beispiel zeigt sich: Auch mit einer eher verantwortungsvollen Firma geht es nicht auf.

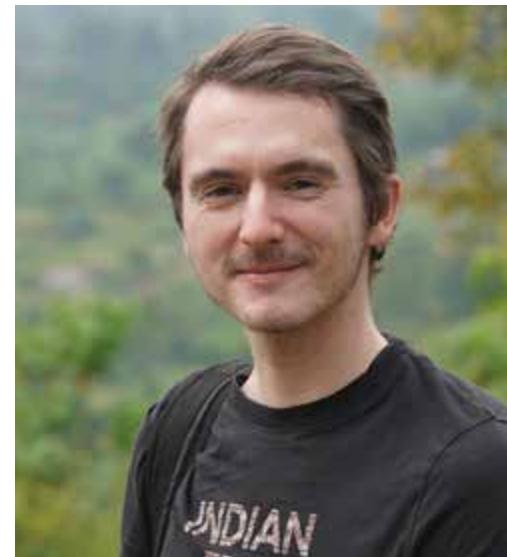
Im Sommer 2025 hat Public Eye eine Recherche zu moderner Sklaverei auf Kaffeplantagen in

Brasilien veröffentlicht. Sie waren mit Arbeitsinspektor*innen im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais unterwegs: Was haben Sie dabei gesehen?

In Brasilien gibt es sehr viele ausgebeutete Kaffeearbeiter*innen, die sich in Verhältnissen moderner Sklaverei wiederfinden. Sie leben in unbeheizten Häusern, schlafen auf Matratzen mit Ungeziefer und werden krank davon. Sie müssen sechs oder gar sieben Tage die Woche arbeiten, und ihr Lohn wird zurückbehalten. Man bürdet ihnen Schulden auf – eine illegale, aber sehr verbreitete Praxis. Einige haben am Ende des Monats weniger Geld als vorher.

Sie haben auch mit Plantagenbesitzer*innen gesprochen. Was haben diese gesagt?

Viele sehen das Problem nicht. Ich habe zwei Grossgrundbesitzer auf die moderne Sklaverei angesprochen. Sie haben mir gesagt: «Das gibt es nicht. Das ist eine Lüge der



Journalist Pierre Wolf-Mandroux hat drei Jahre lang weltweit zu den Produktionsbedingungen von Kaffee recherchiert. Sein Buch «La Jungle du café – enquête sur un trafic mondial» (Editions Plon) gibt es bislang nur auf Französisch.



Die Klimakrise bedroht die Erträge, doch noch ist die Ernte gut: Thomas Kimasi beim Pflücken der Kaffeefrüchte.

Regierung, die uns nur unser Geld stehlen will.» Ein Manager eines Betriebs, der der modernen Sklaverei überführt wurde, sagte mir: «Wissen Sie, hier geht es ihnen viel besser als dort, wo sie herkommen. Zu Hause leben sie in Armut. Das sind Leute, die sich harte Arbeit gewohnt sind, um sie brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen.»

Wir haben in unserer Recherche in Brasilien mehrere Fälle von moderner Sklaverei auf Farmen gefunden, die – direkt oder indirekt – mit Nestlé in Verbindung stehen. Auch Sie beschreiben in Ihrem Buch den Fall, in dem mit moderner Sklaverei produzierter Kaffee an Nespresso ging. Hat Sie das überrascht?

Nein, absolut nicht. Nestlé ist überhaupt nicht transparent in Bezug auf die Farmen, von denen der Konzern seinen Kaffee bezieht. Wenn der Konzern wirklich gegen diesen Missstand ankämpfen wollte, würde er zuallererst einmal deren Namen nennen.

In Ihrem Buch sprechen Sie ausführlich von den Problemen, die aus der Macht der globalen Konzerne entstehen. Wie sehen Sie die Rolle von Nestlé?

Nestlé ist nicht der einzige Konzern. Auch Starbucks zum Beispiel kauft Kaffee, der von modernen Sklaven in Brasilien gepflückt worden ist. Was ich sehr ärgerlich finde, ist, dass eine Firma wie Nestlé sehr viele Mittel und Kompetenzen hat, diese aber nicht für die Menschen einsetzt, die dem Unternehmen ermöglichen, sein Geld zu verdienen – die Produzent*innen und die Pflücker*innen. Bei Nestlé gibt es Managementpraktiken, die für die heutigen Konsument*innen eigentlich inakzeptabel sein müssten. Produzent*innen in Zentralamerika geben deswegen ihre Plantagen auf.

Ich habe in Chiapas einen berührenden Moment erlebt, als mir ein 70-jähriger Kleinbauer, der Robusta für Nestlé produziert, gesagt hat: «Meine drei Söhne sind in die USA ausgewandert. Wir wissen nicht mehr, wer

unsere Felder bestellen soll.» Ihre Region leere sich, weil die Jungen keine Zukunft im Kaffeeanbau mehr sähen. Tatsächlich habe ich entlang der Autobahn viele Menschengruppen gesehen, die zu Fuß in Richtung Norden unterwegs waren.

Und woran liegt das? Es geht um ein oder zwei Euro mehr pro Kilo Kaffee, welche die Produzent*innen erhalten müssten. Würde das Nestlé wirklich ruinieren? Natürlich nicht. Es gibt eine Gier, die über alles hinausgeht, was moralisch akzeptabel ist.

Reden wir über Lösungen. Weil die freiwillige Selbstregulierung der Unternehmen nicht funktioniert, fordern wir bei Public Eye in erster Linie, dass die Regierungen und Parlamente die Unternehmen per Gesetz zwingen, die erforderlichen Massnahmen zu ergreifen – insbesondere in der Schweiz, wo Nestlé seinen Sitz hat und sich die Drehscheibe des globalen Kaffeehandels befindet. Welches sind Ihre Schlüsse?



© Lucas Beaufort/F.A.Z.-Foto

Es gibt viele Lösungswege, wie Bäuerinnen und Bauern mit nachhaltigeren Methoden mehr Kaffee pro Hektar produzieren und gleichzeitig gesündere Böden erhalten können. Die Agroforstwirtschaft, also der Einbezug von Bäumen in die Plantagen, könnte den Kaffee retten. Sie hat viele Vorteile: Sie nährt die Böden, bekämpft den Klimawandel und erlaubt, die Einkünfte zu diversifizieren. Ich habe es in Indonesien gesehen, man kann zum Beispiel Avocados auf Kaffeefeldern anbauen. Das ändert alles: Wenn der Kaffekurs einbricht, aber derjenige für Avocados durch die Decke geht, verdient der Produzent dennoch etwas. Aber wie Sie gesagt haben: Technische Ansätze allein reichen nicht, es braucht auch politische Lösungen.

Sehen Sie noch andere Ansätze?

Ein anderer wichtiger Ansatz ist, dass Kooperativen sich die Produktionsmittel aneignen. Sie müssen den Kaffee selbst rösten können, denn ein gerösteter Kaffee erzielt den fünffachen Preis von grünem Kaffee.

Das Beste wäre, wenn die Produzent*innen von Robusta ihren eigenen Pulverkaffee herstellen könnten. In Vietnam habe ich Orte gesehen, wo dies bereits der Fall ist.

«Die Konzerne verstehen nur eine Sprache: die des Geldes. Man muss sie beim Geldbeutel packen, damit sie ihre Praktiken ändern.»

Die Konzerne wehren sich natürlich dagegen und präsentieren ihre eigenen Nachhaltigkeitsprogramme als Lösung ...

Wir müssen aufhören, an die Versprechen der multinationalen Konzerne zu glauben. 2003 sagte ein Vertreter von Starbucks an einer Konferenz zu nachhaltigem Kaffee in der Schweiz, es brauche in Zukunft keine Labels und ethischen Praktiken mehr. Die Industrie würde nach und nach nur noch Kaffee von nachhaltigen Betrieben beziehen, die

nach sozialen Kriterien wirtschaften. Und wie sieht es 20 Jahre später aus? Starbucks kauft immer noch Kaffee, der von modernen Sklav*innen geplückt wurde. Wir müssen aufhören, den Konzernen zu glauben. Sie haben bewiesen, dass ihre Versprechen nichts wert sind.

Zum Schluss: Machen Sie sich nach Ihrer Recherche mehr Sorgen um die Zukunft des Kaffees als zuvor?

Nicht unbedingt, überraschenderweise. Ja, die Situation ist ernst und wird sich verschärfen, wenn wir nichts unternehmen. Aber ich habe viele engagierte Menschen getroffen, die mir viele Lösungen gezeigt haben, die bereits existieren, um das ungerechte System zu reformieren, zu einem, das ethisch ist und funktioniert. Es gibt Lösungen, doch sie werden aus politischen und finanziellen Gründen nicht umgesetzt. Die Konzerne verstehen nur eine Sprache: die des Geldes. Man muss sie beim Geldbeutel packen, damit sie ihre Praktiken ändern. ■



Ein Gesetz gegen die Wildwest-Handelspolitik

Der Bundesrat feiert einen Handelsdeal nach dem anderen. Nach umstrittenen Abkommen mit Indien und den Mercosur-Staaten verhandelt die Schweiz nun zeitgleich mit den USA und China. Die Verwaltung gewährt sich viele Freiheiten, die schliesslich nur mit einem Referendum korrigiert werden können.

MANUEL ABEBE

Ein Palmenhain vor einem historischen Palast im brasilianischen Rio de Janeiro. Nach getaner Arbeit posiert Guy Parmelin Seite an Seite mit anderen Handelsministern Mitte September 2025 für den neuesten Handelscoup: Soeben hat er für die Schweiz das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay unterschrieben. In der allgemeinen Zufriedenheit geht vergessen, wer die Leidtragenden dieses Handelsvertrags sind: der Amazonas-Regenwald und die indigene Bevölkerung.

Das müsste nicht so sein: Vor zwei Jahren hat Public Eye in einem umfassenden Bericht dargelegt, wie eine Aussenwirtschaftspolitik im Einklang mit den Zielen der nachhaltigen Entwicklung aussehen könnte. Dazu braucht es ein Umdenken – und eine umfassende gesetzliche Grundlage. Der Bundesrat lehnt beides ab: Im Dezember hat er geschrieben, dass ein Gesetz mit Grundsätzen zu Menschenrechten und Umwelt seiner «Flexibilität» und damit der Schweizer Aussenpolitik schaden würde.

Wir sehen dies fundamental anders. In fünf Beispielen erklären wir mit Blick auf die zuletzt abgeschlossenen Verträge und aktuell laufenden Verhandlungen mit den USA und China, wo ein umfassendes Aussenwirtschaftsgesetz (AWG) korrigierend ansetzen müsste.

Hinschauen bei Menschenrechten

Dauerüberwachung, kulturelle Unterdrückung, Zwangsarbeit. Trotz des Wissens um die miserable Situation in China steht im Freihandelsabkommen, das seit 2014 in Kraft ist, kein einziges Mal das Wort «Menschenrechte».

Auch die Arbeitsrechte fehlen, sie wurden in einem Nebenvertrag versteckt. Dieser enthält keinerlei Verpflichtungen und ist daher völlig unzureichend, um der prekären Menschenrechtssituation in China zu begegnen. Aktuell verhandelt der Bundesrat an einer Erneuerung des Abkommens, wobei sich die Geschichte zu wiederholen droht. Entgegen allen Warnungen spielen Menschenrechte als Ganzes wieder keine Rolle, und China wehrt sich in den Verhandlungen vehement, internationale Arbeitsnormen ins Abkommen aufzunehmen.

- ▶ **Die Schweiz muss hier eine rote Linie ziehen. Der Bundesrat soll Grundsätze bei Menschen- und Arbeitsrechten sowie Umweltstandards in Handelsabkommen voraussetzen. Verstöße der Vertragspartner müssen rechtsverbindlich sanktioniert werden können.**

Schluss mit «Hinterzimmerdeals»

Konzernbosse überreichten im November 2025 dem Präsidenten der USA eine Tischuhr und einen Goldbarren im Wert von über 100 000 Franken. Damit dürften sie nicht nur in den Verhandlungen, sondern vor allem auch ihren Geschäften mit den USA neuen Schwung verliehen haben. Wie alle anderen lesen auch Parlamentarier*innen davon erst in der Zeitung. Darum bleiben bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe viele Fragen ungeklärt, beispielsweise welche vertraulichen Details die Verwaltungsräte und CEOs von der Verwaltung erhalten haben oder ob das Vorgehen gar strafrechtlich relevant ist. In der «verhandelten» Absichtserklärung macht die Schweiz den

USA grosse Zugeständnisse. Es ist höchst fraglich, ob die Bevölkerung bereit ist, einen solch undemokratischen Konzerndeal durchzuwinken.

- ▶ **Es muss Licht ins Hinterzimmer. Das Parlament soll laufend und unmittelbar über den Inhalt der Verhandlungen und das Vorgehen der Verwaltung informiert werden. Nur so kann dieses seine wichtige Kontrollfunktion über den Bundesrat wahrnehmen.**

Wer bezahlt die Rechnung?

Jeder Handelsvertrag hat seinen Preis. Häufig bezahlen ihn die Bevölkerung und die Natur. Damit die Folgen wichtiger Abkommen abschätzbar werden, fordert das Parlament seit zehn Jahren vom Bundesrat, dass er frühzeitig **Nachhaltigkeitsstudien** durchführt. So würde klar, welche potenziellen Risiken mit den Abkommen verbunden sind und welche Schutzbestimmungen im Vertrag ergänzt werden sollten, um diesen zu begegnen. Doch bis heute kommen diese Analysen zu spät. Beim umstrittenen Mercosur-Abkommen lag die versprochene Sozialstudie bei Redaktionsschluss Anfang Januar auch Monate nach Unterzeichnung noch nicht vor. Im fertigen Abkommen fehlt ein starker Schutz der Indigenenrechte und des Regenwaldes.

- ▶ **Alle Fakten müssen auf den Tisch. Der Bundesrat muss nicht nur wirtschaftliche, sondern auch soziale und ökologische Folgen umfassend darlegen. Nur wenn die wahren Vorteile und Kosten der Handelsabkommen klar werden, können Parlament und Bevölkerung informierter darüber debattieren.**

Schluss mit schädlichen Konzernklauseln

Die Schweiz verfügt über ein Köfferchen voll mit handelspolitischen Interventionen, welche die Pharmaindustrie begünstigen. Mittel der Wahl ist meist ein unverhältnismässig starker Schutz von geistigen Eigentumsrechten, die den Zugang zu Medikamenten bedrohen und die Preise verteuern können. Manchmal reicht ein einziges Wort, um internationale Vereinbarungen zum Schutz des Rechts auf Gesundheit zu umgehen. Auch für Saatgutkonzerne haben die Beamten ein Werkzeug im Schuppen. Für deren Interessen will sie andere Länder auf Spielregeln verpflichten, die hierzulande nicht gelten. Mit dieser absurd Forderung untergräbt die Schweiz das Recht auf den freien Tausch mit Saatgut. Nicht nur ins Abkommen mit Indien, sondern auch ins neue Abkommen mit Malaysia haben sich solche Konzernklauseln eingeschlichen. In beiden Ländern kritisieren dies lokale Nichtregierungsorganisationen heftig.

- ▶ **Es braucht ein Ende dieser konzernfreundlichen Doppelstandards. Einheitliche Verhandlungsmandate würden multilaterale Abkommen stärken und Menschenrechte schützen.**

Klarheit statt Gewohnheitsrecht

In der Schweizer Handelspolitik gilt eine Art Gewohnheitsrecht, der Bundesrat kann oft nach Gutedenken vorgehen. Nichts veranschaulicht dies besser als die Frage, ob Handelsverträge dem Referendum unterstellt sind. Noch 2014 löste Bundesbernd mit dem Entscheid, das Abkommen mit China nicht dem Referendum zu unterstellen, grosse Entrüstung aus. Seitdem war bei wichtigen Verträgen das fakultative Referendum zwar möglich, trotzdem ist das Vorgehen weiterhin nicht gesetzlich geregelt. So blieb auch bei Abschluss der Absichtserklärung mit den USA letzten November zunächst unklar, ob ein möglicher Vertrag dem Referendum unterstellt wäre. Erst in einem Radiointerview beteuerte Vizebundespräsident Parmelin, dass dies der Fall sei. Diese Rechtsunsicherheit ist der modernen Schweiz unwürdig.

- ▶ **Schluss mit der Willkür: Alle wichtigen Handelsabkommen müssen per Gesetz dem fakultativen Referendum unterstehen. Durch feste Rahmenbedingungen für Verhandlungen, Abschluss und Umsetzung wird die Aussenwirtschaftspolitik transparenter und demokratischer.**

Die Schweiz spielt in der Handelspolitik mit den ganz Grossen, mit allen Risiken und Nebenwirkungen. Nur eine klare gesetzliche Grundlage stellt dabei sicher, dass demokratische Werte nicht für ein schnelles Geschäft korrumptiert werden. Weltweit kommen Menschenrechte, Klima und Biodiversität immer stärker unter Druck. Dagegen muss die Schweiz mit jedem Mittel kämpfen – auch mit der Aussenwirtschaftspolitik. ■

Mercosur-Deal: Amazonas und Menschenrechte bedroht

Seit September 2025 ist der Vertrag öffentlich, und unsere Befürchtungen haben sich bestätigt. Das Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten (zu denen die Schweiz gehört) mit den südamerikanischen Mercosur-Ländern baut den Agrarhandel weiter aus. Für zollfreies Billigfleisch gelangen Amazonas-Regenwald und lokale Gemeinschaften weiter unter Druck. Die jahrelangen Forderungen von Public Eye und anderen Organisationen nach verbindlichen Regeln zum Schutz von Menschen, Klima und Natur wurden nicht berücksichtigt. Bald ist das Parlament am Zug. In der zweiten Jahreshälfte 2026 muss es Nachbesserungen einfordern. Sollten diese nicht ausreichen, halten wir uns bereit, um ein allfälliges Referendum entschlossen zu unterstützen.



Hier und dort hinterlässt der Kohleabbau seine Spuren

Was verbindet eine Kohlemine von Glencore in Kolumbien mit stillgelegten Minen im deutschen Braunkohlerevier? Der deutsche Fotograf Marvin Systermans beantwortet die Frage visuell und beleuchtet dabei die herrschenden Machtverhältnisse.

TEXT: KARINE PFENNIGER FOTOS: MARVIN SYSTERMANS

Auf der einen Seite El Cerrejón, die grösste Kohlemine Südamerikas; sie gehört dem Zuger Konzern Glencore. Auf der anderen Seite zwei Braunkohlereviere in Deutschland, die sich mitten im Strukturwandel befinden. Das Verbindende: die Kohle.

Seit 2016 dokumentiert der deutsche Fotograf und Künstler Marvin Systermans die Auswirkungen der Mine El Cerrejón auf die Bevölkerung von La Guajira im Norden Kolumbiens und die Auswirkungen der Stilllegung von Bergwerken in der Lausitz und rund um Köln. Er will

die herrschenden Machtverhältnisse beleuchten und zu einer kritischen Reflexion über die Macht der Konzerne und unseren Umgang mit dem Klimawandel anregen.

Seit der Schliessung der Braunkohleminen und dem Beginn der Energiewende importiert Deutschland grosse Mengen Kohle aus Kolumbien und anderen Ländern, um seine noch in Betrieb befindlichen Kraftwerke zu versorgen. Das abrupte Ende der russischen Kohleimporte, das durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine bedingt wurde, hat das Phänomen noch verstärkt. →



«Zu diesem Zeitpunkt war eine Schliessung der Mine El Cerrejón in Kolumbien bereits beschlossen. Doch plötzlich wurde der Abbau sogar gesteigert und Kolumbien zeitweise zum dritt wichtigsten Lieferanten von Steinkohle für Deutschland», erinnert sich der Fotograf.

El Cerrejón und die zerstörten Bergbauregionen Deutschlands sind für den Künstler ein Beispiel «unter vielen anderen», um die Macht der Grosskonzerne infrage zu stellen. «Warum wird El Cerrejón trotz des Widerstands der dort lebenden Menschen weiter ausgebaut? Menschen werden von ihrem Land vertrieben. Dafür gibt es keine Rechtfertigung», kritisiert er. Sorgen bereitet ihm auch die Ausweitung der Aktivitäten von Unter-

nehmen wie Glencore, die nicht mehr nur mit Rohstoffen handeln. «Indem sie selbst Minen betreiben, können sie die geförderte Menge, ihre Abnehmer und letztendlich auch die Nachfrage kontrollieren», erklärt Marvin Systemans. «Darunter leiden die Umwelt, die lokalen, oft indigenen Gemeinschaften und letztendlich wir alle, da dies die Klimakrise weiter verschärft.»

Die Fotos aus Systemans Projekt «Canary in a Garden» werden dieses Jahr in Buchform im Berliner K. Verlag publiziert. Das Projekt ist online dokumentiert: marvinsystemans.com/Canary-in-a-Garden. Marvin Systemans stammt aus der Region Köln und wuchs in der Nähe von Kohlebergwerken auf. Er lebt in Berlin und Barranquilla in Kolumbien.





Nein zur «Halbierungsinitiative»: Schweizer Demokratie und NGOs wie Public Eye brauchen eine starke SRG – mehr denn je

Fundierte und verlässliche Informationen sind die Grundlage jeder funktionierenden Demokratie, besonders unserer direkten. In Zeiten zunehmender Fake News, Polarisierung und Angriffe auf die Pressefreiheit ist der mediale Service public ein Bollwerk für die öffentliche Meinungsbildung und damit auch für die Zivilgesellschaft. Die Halbierung der SRG wäre der Anfang vom Ende einer unabhängigen vierten Gewalt und Gift für unser politisches System. Dagegen gilt es am 8. März einzustehen.

OLIVER CLASSEN

Wer erinnert sich? Vor zehn Jahren betrugen die Gebühren für das breite Programmangebot der diversen Sender von SRF, RTS und RSI noch 462 Franken pro Jahr und Haushalt. Seitdem sind sie bereits um 25 % gesunken. Und ab 2029 werden sie sich – laut bundesrätlicher Verordnung – auf nur mehr 300 Franken belaufen. Bis dann muss die SRG rund 270 Millionen Franken sparen, was unter anderem den Abbau von etwa 900 Vollzeitstellen nach sich zieht. Die Kettensäge der SRG-Abschaffer*innen schreit also jetzt schon durchs Land. Dies, obwohl ihre «No Billag»-Initiative 2018 von satten 71,6 % der Bevölkerung und allen Kantonen verworfen wurde. Public Eye ist damals schon für ein dezidiertes Nein eingetreten. Acht Jahre und viele Rotstiftrunden später gilt in der gleichen Sache die gleiche Parole – mit noch grösserer Überzeugung und Entschiedenheit.

Denn die sich seit 20 Jahren ausweitende Medienkrise ist längst zur Demokratiekrisse geworden. Einen Überblick über diese erschreckende Entwicklung in der Schweiz liefert die Onlinezeitung «Republik» in ihrem Watchblog. Er zeigt, wie insbesondere die TX Group (früher Tamedia), aber auch CH Media massiv Stellen strichen und immer noch streichen.

Politisch profitiert von der Medienkonzentration und den vor allem auf Social Media kursierenden Fake News hat primär der Rechtspopulismus. Dessen Wurführer*innen stecken – wie bei «No Billag» – auch wieder hinter der Volksinitiative «200 Franken sind genug!». Die Abschaffung der Gebühren ist brachial gescheitert, jetzt versuchen sie es mit Salamitaktik. Das Ziel ist dasselbe: die

Schwächung einer journalistischen Institution, die einzig jenen verpflichtet ist, die sie finanzieren, der Schweizer Bevölkerung. Zu Zeiten, wo sich Milliardär*innen immer mehr Medien unter den Nagel reissen (Amazon-Boss Jeff Bezos die «Washington Post» oder die Familie Blocher über 30 Regionalzeitungen) und Autokrat*innen vielerorts die Pressefreiheit einschränken, ist eine starke, selbstbewusste SRG unverzichtbarer denn je. Gerade für eine direkte Demokratie mit ihrem hohen Informationsbedarf.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht europaweit unter Druck von rechts aussen. Das zeigen das aktuelle Spardiktat in Deutschland, Frankreich oder Grossbritannien. Hierzulande will der Bundesrat im Rahmen des sogenannten «Entlastungspakets» den renommierten SRG-Auslandsdienst Swissinfo sowie die Schweizer Beteiligung an 3sat und TV5 Monde opfern.

Am 8. März braucht es jede Stimme

Eine weitere Schwächung der gebührenfinanzierten Grundversorgung an Informationen im Inland, wie sie die Halbierungsinitiative fordert, wäre auch für die demokratierelevante Zivilgesellschaft einschneidend. Denn auch NGOs sind auf unabhängigen und sachkundigen Journalismus angewiesen. Und zwar nicht nur zur Verbreitung ihrer Botschaften, sondern eben auch als kritisches Korrektiv. Das gilt es unbedingt zu bewahren. Deshalb ist Public Eye stolzes Mitglied der «Allianz Pro Medienvielfalt» und hofft, dass alle Gleichgesinnten am 8. März den Weg zur Urne finden. Denn diesmal braucht es wirklich jede Stimme. ■



Nestlés süsse Lügen

Die Recherche von Public Eye zur gezuckerten Babynahrung, die der Konzern aus Vevey in Afrika verkauft, sorgte im November für fette Schlagzeilen. In mehreren Ländern Afrikas lösten unsere Enthüllungen eine wichtige Debatte zur Verantwortung der Konzerne im Bereich der öffentlichen Gesundheit aus. Statt nun seine Praktiken zu überprüfen, stellt Nestlé die Glaubwürdigkeit unserer Untersuchungen infrage.

GÉRALDINE VIRET

«Alle Babys haben das Recht auf eine gesunde Ernährung, unabhängig von ihrer Nationalität oder Hautfarbe. Alle Babys sind gleich.» Diese klare Ansage kommt von 20 Organisationen der Zivilgesellschaft aus 13 afrikanischen Ländern. Und sie gilt dem neuen Nestlé-Chef Philipp Navratil.

In ihrem Schreiben vom 17. November 2025 fordern sie, dass der multinationale Konzern der Doppelmorale ein Ende setzt, welche die Recherche von Public Eye aufgedeckt hat: In Afrika enthalten die von Nestlé verkauften Getreidebreie für Säuglinge viel zugesetzten Zucker, während diese Produkte in der Schweiz und an-

derswo in Europa ungezuckert im Verkauf sind. «Tun Sie das Richtige. Nicht morgen. Nicht nächstes Jahr. Heute. Die Welt schaut auf Sie», endet der offene Brief.

Der Nestlé-Skandal erschüttert Afrika

Von der britischen Tageszeitung «The Guardian» über die Nachrichtenagentur Reuters bis hin zum Fernsehsender Al Jazeera fanden unsere Enthüllungen international grosse Beachtung. «Zwei verschiedene Standards für zwei verschiedene Welten», titelte etwa eine Journalistin des indischen Portals «Firstpost». Die Nachricht, dass die Gesundheit afrikanischer Babys für Nestlé offensichtlich weniger

zählt, verbreitete sich auf dem gesamten Kontinent wie ein Lauffeuer und löste helle Empörung aus. In Südafrika, Senegal, Togo oder der Elfenbeinküste wurde die Forderung unserer Partnerorganisationen breit thematisiert: kein Zuckerzusatz in der in Afrika verkauften Babynahrung!

In Ländern wie Nigeria, dem wichtigsten Markt für den Getreidebrei Cerealc auf dem Kontinent, wurden Konferenzen organisiert, an denen Journalist*innen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Aufsichtsbehörden teilnahmen. Laut Ernährungsexpert*innen in Lagos hat die Recherche von Public Eye «in ganz Afrika eine wichtige Debatte über Lebensmittelsicherheit, Unternehmensethik und Kinderschutz» ausgelöst, berichtet die nigerianische Tageszeitung «The Sun». Für viele Eltern, die Nestlé vertrauen, «haben diese Enthüllungen Fragen aufgeworfen, welche die Regulierungsbehörden und Hersteller nun wohl ausführlich beantworten müssen», schreibt «The Sun» weiter.

Nestlé füttert Medien mit Lügen

In Vevey scheinen diese Forderungen nach mehr Transparenz und Verantwortung auf taube Ohren zu stossen. In einer Antwort an unsere Partnerorganisationen bestreitet Nestlé, mit zweierlei Mass zu messen, und betont lautstark: «Wir behandeln alle Kinder gleich, egal wo sie leben.»

Ein Besuch auf der Promowebseite von Nestlé für Eltern in der Schweiz zeigt jedoch, dass der Konzern für die Babys in unserem Land nur Breie anbietet, auf denen es stolz «ohne Zuckerzusatz» heisst. In Afrika hingegen enthielten 90 % der Produkte, die Inovalis – ein renommiertes Labor im Agrar- und Lebensmittelsektor – im Auftrag von Public Eye untersucht hat, reichlich zugesetzten Zucker. Mit Ausnahme von zwei kürzlich in Südafrika eingeführten Varianten waren alle ungezuckerten Produkte, die wir fanden, von Nestlé nicht für den afrikanischen Markt hergestellt. Dritte hatten diese aus Europa importiert.

Wenn Fakten den hehren Zielen widersprechen, greift Nestlé gerne den Überbringer der Botschaft an. «Shoot the messenger» heisst die bewährte PR-Strategie. In der Presse behauptete eine Sprecherin, unser Bericht enthalte «unbegründete Anschuldigungen». Es sei zudem «irreführend und wissenschaftlich ungenau, Zucker, der in Getreide und Früchten natürlich vorkommt, als raffinierten und zugesetzten Zucker zu bezeichnen».

Unsere Untersuchungen berücksichtigten jedoch ausschliesslich Zuckerzusätze in Form von Saccharose und Honig, also explizit keinen natürlich in Getreide, Obst und Milch enthaltenen Zucker. Diese Information ist Nestlé bekannt, haben wir sie dem Unternehmen doch mit E-Mail vom 28. Oktober 2025 schriftlich mitgeteilt – drei Wochen vor der Veröffentlichung unserer Untersuchung. Da der multinationale Konzern jedoch nie um ein Stück Zucker – oder eine Lüge – verlegen ist, legt er gegenüber den Medien sogar noch nach und behauptet, Public Eye

habe sich geweigert, Details ihrer Untersuchung im Vorfeld offenzulegen. Das ist nachweislich falsch.

Mit der generellen Problematik des Zuckerzusatzes geht Nestlé auch nicht ehrlicher um. «Die grösste Herausforderung in Afrika ist nicht Fettleibigkeit, sondern Unterernährung», konstatiert das Unternehmen gegenüber dem «Guardian» und ignoriert dabei die erschreckenden Zahlen der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Alarm schlägt und von einer «doppelten Belastung» durch beide Phänomene spricht. Die WHO warnt seit Langem davor, dass eine frühe Zuckerexposition eine dauerhafte Vorliebe für zuckerhaltige Lebensmittel fördert und ein wichtiger Risikofaktor für Fettleibigkeit ist.

«Um die Unterernährung zu bekämpfen, braucht es Getreide, das süß genug ist, damit Säuglinge es gerne essen.»

Nestlé zur gezuckerten Babynahrung in Afrika

Der Agrar- und Lebensmittelriesse, der sich röhmt, mit Eisen und anderen Nährstoffen angereicherte Produkte anzubieten, zögert nicht, in Varianten seiner Antwort auch Zucker als wichtige Zutat in seinem Kampf gegen die Unterernährung in Afrika darzustellen: «Um die Unterernährung zu bekämpfen, braucht es Getreide, das süß genug ist, damit Säuglinge es gerne essen.» Nicht nur: «Vergessen Sie nicht, dass Kinder im Alter von sechs Monaten [...] das Essen verweigern können, und wenn sie das tun, können sie nicht richtig wachsen.» Ach so, sind afrikanische Babys also wählerischer und naschhafter als Schweizer Babys?

Pseudomassnahme soll Afrika besänftigen

Nestlé hat sich zum Ziel gesetzt, bis Ende 2025 auf all seinen Märkten Varianten ohne Zuckerzusatz einzuführen. Eine Pseudomassnahme, die völlig unzureichend ist, meinen die afrikanischen Organisationen, die den Brief an Nestlé geschickt haben, weil sie keine Gleichbehandlung bringen würde. «Wenn Zuckerzusätze für Schweizer und europäische Kinder nicht geeignet sind, dann sind sie es auch nicht für Kinder in Afrika und anderswo», schreiben sie.

Oder um es mit den Worten der satirischen Westschweizer Zeitung «Vigousse» zu sagen: «So ist die Lage also: Die Welt schaut auf Nestlé, doch Nestlé scheint sich über die Welt lustig zu machen.» Wie lange noch? Zusammen mit den afrikanischen Partnern ist Public Eye fest entschlossen, den Weltkonzern mit den zwei Küken im Logo, die von ihrer Vogelmama gefüttert werden, nicht aus seiner Verantwortung zu entlassen. ■

Der Fall Socfin: koloniale Vergangenheit, Landkonflikte und sexualisierte Gewalt

Die Premiere des Live-Podcasts von Public Eye in Zusammenarbeit mit der Koalition für Konzernverantwortung in Bern beleuchtete den Schweizer Agrarkonzern Socfin, der weltweit in den Schlagzeilen ist.

DAPHNE GROSSRIEDER

Socfin betreibt Kautschuk- und Palmölplantagen unter anderem in Liberia, Sierra Leone, Kamerun, Indonesien und Kambodscha. Den grössten Teil seines Agrarhandels wickelt der Konzern über die Schweiz ab. 2024 machte er über 100 Millionen Euro Gewinn.

Agronomin und Landrechtsexpertin Silva Lieberherr vom HEKS, die erst kürzlich in Sierra Leone und Liberia war, berichtete über die Vertreibung und Enteignung der lokalen Bevölkerung. Die Menschen dort verlieren nicht nur ihre Existenzgrundlage – das Land für ihre Nahrungsmittelproduktion, Wasserquellen und Medizinalpflanzen. Sie verlieren auch ihre Friedhöfe – den Platz ihrer Ahnen, der für sie von unschätzbarem spirituellem Wert ist. Dazu kommt das Tabuthema der sexualisierten Gewalt im Umfeld dieser Plantagen. Ein Problem, vor dem auch Socfin mittlerweile nicht mehr die Augen verschliessen kann.

Koloniale Strukturen werden weitergeführt

Geschichtsprofessorin Julia Tischler von der Universität Basel zeigte auf, dass dieses Machtungleichgewicht kein Zufall ist. Socfin war während der Kolonialzeit bereits in diesen Ländern aktiv und profitierte damals von Zwangs-

arbeit und Sklavenhandel – zwei Phänomene, die untrennbar mit der Plantagenwirtschaft verbunden waren. Die Machtverhältnisse, wie wir sie heute erleben, sind eine Weiterführung dieser kolonialen Strukturen.

Die Rolle der Konzernverantwortungsinitiative

Juristin Anina Dalbert von Public Eye erklärte, wie die Konzernverantwortungsinitiative Unternehmen wie Socfin verbindlich dazu verpflichten würde, Menschenrechte und Umweltstandards in all ihren Geschäftstätigkeiten einzuhalten.

Der allererste Live-Podcast im Kulturzentrum Progr in Bern war ein voller Erfolg. Etwa 150 Interessierte trotzten dem ersten Schneefall, um die Aufzeichnung mit Moderator Nico Meier mitzuerleben, dem Produktionsteam über die Schultern zu schauen und am Schluss alle ihre Fragen zu stellen.



Sie konnten am Live-Podcast nicht dabei sein?
Jetzt den Podcast nachhören:
peye.link/live-podcast



Silva Lieberherr, Julia Tischler und Anina Dalbert im Gespräch mit Moderator Nico Meier.



Dirty Diesel: Behörden in Holland und Autohändler in Afrika machen Druck

Fast zehn Jahre nachdem Public Eye den Skandal aufgedeckt hat, exportieren Schweizer Rohstoffhändler ihren gesundheitsgefährdenden «Dirty Diesel» immer noch in westafrikanische Länder. Sie umgehen dabei einfach die Niederlande, wo die extrem schwefel- und schwermetallhaltigen Treibstoffe lange raffiniert worden sind, die 2023 aber ein griffiges Produktions- und Exportverbot erlassen haben.

Gegen die Fortführung dieses giftigen Geschäftsmodells planen holländische Behörden laut «Tages-Anzeiger» beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) eine offizielle Beschwerde. Eingereicht wird sie bei dessen nationalem Kontaktpunkt für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln, wo sonst nur Nichtregierungsorganisationen oder Gewerkschaften die Nichtbeachtung der OECD-Richtlinien durch Konzerne melden. Scharfe Kritik an Trafigura und Co kommt auch von Afrikas Autohändlern, weil der Drecksdiesel ihre Katalysatoren killt.

Bereits 2017 hatten diverse westafrikanische Länder ihre Schwefelgrenzwerte für Dieselpreimporte drastisch gesenkt. Nun steigt der internationale Druck also nochmals. Die Schweizer Rohstoffhändler und unsere Regierung füttern sich derweil weiter um ihre Verantwortung. Gut möglich, dass neue parlamentarische Vorstöße bald auch innenpolitisch den Zugzwang erhöhen. ■

Erneute Durchführung: Anlass zum Erben und Vererben in Bern

Geld, Verantwortung, Traumata, Plattfüsse ... Was erben wir gerne, worauf würden wir lieber verzichten? Ist erben gerecht? Was machen wir mit unserem Erbe? Diesen und weiteren Fragen geht die interaktive Ausstellung «Hilfe, ich erbe!» im Berner Generationenhaus nach.

Nach der erfolgreichen Durchführung des Anlasses im Herbst 2025 laden wir unsere Leser*innen noch einmal ein, im Rahmen einer exklusiven Führung gemeinsam diese spannende Ausstellung zu besuchen und sich danach ganz konkret mit dem eigenen Vermächtnis auseinanderzusetzen: Sibyl Matter, Berner Notarin, Mediatorin und Fachanwältin SAV für Erbrecht, wird eine Einführung ins Thema Testament und Nachlassplanung geben. Auch praktische Tipps (zum Beispiel: Wie lassen sich generationsübergreifende Konflikte vermeiden?) sowie Ihre Fragen rund um Erbrecht, Nachlass und Legate kommen nicht zu kurz.

Sichern Sie sich jetzt einen Platz* bei diesem Anlass, und melden Sie sich über den Link oder QR-Code unten an!

Datum und Ort: 23. März 2026, 15.30 bis 19.30 Uhr im Generationenhaus am Bahnhofplatz 2 in Bern.

* Beschränkte Platzzahl. Anmeldungen nur fürs Referat sind möglich.



Infos und Anmeldeformular:
publiceye.ch/hilfe-ich-erbe

Korruptionsgewinne landen in der Kasse von Bundesbern

Die Schweiz profitiert von Korruption. Klingt absurd, ist aber Realität: Wenn Schweizer Konzerne hierzulande wegen Korruption verurteilt werden, fließen die Rückzahlungsgelder nicht an die Geschädigten zurück, sondern in die Schweizer Staatskasse. Über 900 Millionen Franken illegale Gewinne wurden so einbehalten, während die betroffenen Länder im Globalen Süden leer ausgingen. Warum ist das so? Moderator Nico Meier spricht mit Robert Bachmann, Rohstoffexperte bei Public Eye, über die rechtlichen Hürden, den fehlenden politischen Willen – und Wege, wie die Schweiz diese Ungerechtigkeit beenden könnte.

Public Eye fordert vom Bundesrat die Rückgabe der Korruptionsgewinne an die Geschädigten. Falls Sie unsere Petition dazu noch nicht unterschrieben haben: Auf der Rückseite des Magazins finden Sie einen Link auf die Onlinepetition. ■



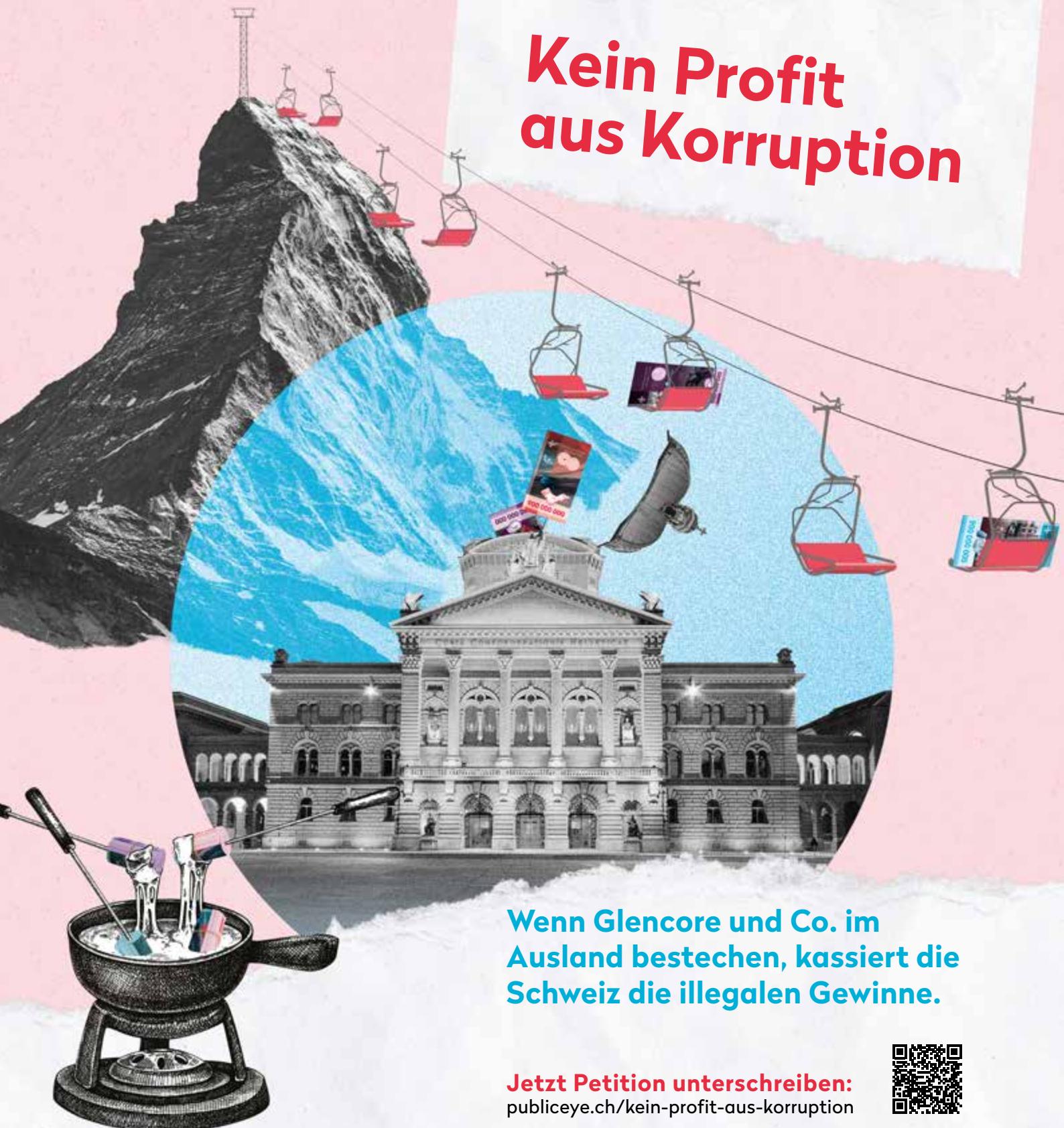
Sehen Sie den Podcast zu den Korruptionsgewinnen:
peye.link/pod-korruption



Wir müssen reden

Public Eye spricht Klartext

Kein Profit aus Korruption



Wenn Glencore und Co. im Ausland bestechen, kassiert die Schweiz die illegalen Gewinne.

Jetzt Petition unterschreiben:
publiceye.ch/kein-profit-aus-korruption



Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstößen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Dienerstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0)44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch
Spendenkonto: IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4

publiceye.ch



Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns

Public Eye